

EU-Wahl 2019: Trends und Entwicklungen in den großen Mitgliedstaaten

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Die Europäische Volkspartei und die Sozialdemokrat_innen müssen erhebliche Verluste hinnehmen, wobei letztere besser als prognostiziert abschnitten. Der befürchtete Rechtsruck fällt nur gering aus. Die Liberalen und Grünen konnten zulegen.
- Deutschland: Die SPD muss ebenso wie CDU/CSU eine schmerzliche Niederlage hinnehmen und wird hinter den starken Grünen nur mehr dritte Kraft. Gerade auch in den großen Städten sind die Verluste dramatisch. Da die AfD nur mäßig zulegt, kann nicht von einem Rechtsruck gesprochen werden.
- Frankreich: Ein weiteres Erstarken der extremen Rechten bleibt aus, obwohl sich der Rassemblement national von Marine Le Pen trotz leichter Verluste als stärkste Kraft hält. Knapp dahinter landet die Liste von Präsident Macron. Die sozialistische Partei bleibt in der Krise, die Linke zersplittert.
- Italien: Mit dem eindeutigen Sieg der Lega unter Matteo Salvini und dem Erstarken einer weiteren nationalistischen Partei ist ein eindeutiger Rechtsruck festzustellen. Der Partito Democratico verliert stark gegenüber 2014, kann sich aber gegenüber den Parlamentswahlen im Vorjahr etwas erholen. Der Abstand zur Lega ist aber groß.
- Spanien: Die regierenden Sozialist_innen können einen klaren Sieg feiern, während auch die Liberalen und die linke Bewegung Podemos hinzugewinnen. Die rechtspopulistische Partei Vox bleibt hingegen hinter den Erwartungen. Spanien rückt somit nach links. Es ist anzunehmen, dass die spanischen Sozialist_innen eine wichtigere Rolle in der EU spielen werden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 brachten erhebliche Einbußen für die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokrat_innen, also jene Kräfte, die über Jahrzehnte hinweg das Geschehen im Europäischen Parlament maßgebend bestimmt haben. Vor allem ohne die EVP waren in der letzten Gesetzgebungsperiode kaum Mehrheiten möglich, sodass viele Beschlüsse eindeutig ihre Handschrift trugen.

Im neu gewählten Parlament verfügt die EVP (23,6 % der Stimmen europaweit) nach derzeitigem Stand der Auszählungen sowie vor der Konstituierung der Fraktionen über 178 Sitze (bisher 217). Sollte sich die ungarische FIDESZ von Viktor Orbán einer anderen Fraktion anschließen, gingen weitere dreizehn Sitze verloren. Stärkste Kraft innerhalb der EVP bleibt die CDU/CSU, die mit Manfred Weber auch den Spitzenkandidaten stellte, mit insgesamt 29 Abgeordneten.

Die sozialdemokratischen Parteien mit dem Niederländer Frans Timmermans an der Spitze erreichten europaweit 19,8 % der Stimmen. Die Anzahl der Abgeordneten in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (oder S&D Group) ging von 186 auf nunmehr 153 zurück. Die Prognosen vor wenigen Monaten hatten noch ein schlechteres Ergebnis befürchten lassen. Herausragende Ergebnisse in Ländern wie Spanien und den Niederlanden sowie die Teilnahme Großbritanniens an den Wahlen, wodurch 10 Labour-Abgeordnete vorerst im EP vertreten sind, konnten größere Verluste verhindern. Die 20 Abgeordneten der spanischen Arbeiterpartei werden künftig die stärkste nationale Delegation innerhalb der S&D Group stellen.

Die Liberalen, die mit der Liste Renaissance von Emmanuel Macron ein Bündnis eingegangen sind, erhielten 14,2 % der Stimmen und werden künftig über 105 Sitze (bisher 68) verfügen. Die 22 französischen Abgeordneten werden hier eindeutig den Ton angeben.

Mit Spannung und gewissem Unbehagen wurde das Abschneiden der rechtspopulistischen, zum Teil rechtsextremen und europakritischen Parteien (nicht immer deckungsgleich!) erwartet – ein Rechtsruck wurde befürchtet. Tatsächlich konnten, manche Parteien wie die Lega in Italien gehörig zulegen, andere wie die FPÖ und die Dänische Volkspartei blieben unter den Erwartungen. Ähnlich das Bild bei den nationalistischen bzw. EU-skeptischen Parteien. Hier konnte die PiS in Polen weiter zulegen, während die britischen Tories eine empfindliche Niederlage erlitten. In Summe konnten die drei bis dato bestehenden Fraktionen bei einem Stimmenanteil von 23,2 % nachzeitigem Stand von 154 auf 175 Sitze zulegen. Es bleibt abzuwarten, wie und in wie vielen Fraktionen sich die betreffenden Parteien zusammenschließen werden.

In vielen westeuropäischen Ländern (besonders Deutschland, Großbritannien, Frankreich) verzeichneten die Grünen erstaunliche Zugewinne. Bei einem Stimmenanteil von 9,2 % werden sie künftig 69 statt bisher 52 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Federn lassen mussten hingegen die Linksparteien und die nordischen Grünen. Sie erreichten europaweit 5,2 % bzw. 38 Sitze (bisher 52). 33 weitere Abgeordnete, die ebenfalls ins Parlament gewählt wurden, können vorerst keiner Fraktion zugeordnet werden; zum Teil werden sie sich jedoch in den kommenden Wochen unterschiedlichen Gruppierungen anschließen.

Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung 50,8 % (nach 42,6 % im Jahre 2014). Die Bandbreite liegt zwischen 88 % in Belgien, wo Wahlpflicht herrscht, und etwas über 22 % in der Slowakei.

Im Folgenden werden wir die Wahlergebnisse in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien eingehender unter die Lupe nehmen. Abgesehen von Großbritannien, das ja im Herbst aus der EU ausscheiden dürfte, sind das jene vier Länder, die die meisten Abgeordneten ins Parlament entsenden. Besonderes Augenmerk wird auf dem Abschneiden der sozialdemokratischen sowie der rechtspopulistischen Parteien liegen:

Deutschland

Die Umfragen hatten ziemlich genau vorhergesagt, was am Wahlabend eingetroffen ist: Die Koalitionsparteien CDU/CSU sowie SPD wurden bei der EU-Wahl regelrecht abgestraft. Die Union blieb trotz eines Rückgangs von 6,5 % mit 28,9 % immer noch klar stärkste Partei. Sie stellt künftig 29 Abgeordnete im Europäischen Parlament und somit weiterhin klar die größte Gruppe innerhalb der Europäischen Volkspartei. CDU und CSU schnitten jedoch unterschiedlich ab: Während die CDU einen Verlust von über 7 % hinnehmen musste, gewann die CSU in Bayern 40,7 % der Stimmen, was ein hauchdünnes Plus bedeutet. Die Aussicht, dass der gemeinsame Spitzenkandidat Manfred Weber von der CSU künftig das Amt des EU-Kommissionspräsidenten übernehmen könnte, half bei der Mobilisierung in Bayern, aber nicht in den anderen Landesteilen. Die CSU konnte in manchen Landkreisen über 55 % erreichen, in München waren es hingegen nur 26,9 % der Stimmen. Die CDU konnte ihre Bollwerke in den ländlichen Regionen Westdeutschlands trotz Verlusten halten. Auf Ebene der Bundesländer erzielte sie ihre besten Ergebnisse im Saarland (32,5 %) und in Rheinland-Pfalz (31,3 %), besonders schwach war sie in Hamburg (17,7 %). Dies deutet schon darauf hin, dass die großen Städte mehr denn je zu den Schwachpunkten der Union zählen. Und auch um die Zukunft muss sich die Union Sorgen machen: Nur 13 % der unter 30-Jährigen wählten CDU/CSU.

Nicht besser, sondern noch schlechter sieht es für die SPD aus: In der Altersgruppe bis 29 Jahre wählten weniger als 10 % sozialdemokratisch. Einigermaßen stark ist die SPD nur mehr bei den Wahlberechtigten ab 60 Jahren. Aber zum Gesamtergebnis: Die SPD verlor 11,4 % und landete mit 15,8 % nur mehr auf dem dritten Platz hinter den Grünen. Ins Europäische Parlament entsendet sie künftig 16 Abgeordnete. Die Verluste waren in früheren Hochburgen besonders dramatisch: fast 15 % minus in Schleswig-Holstein, fast ebenso viel waren es in Nordrhein-Westfalen und in Hamburg. Die SPD blieb dort zwar bei überdurchschnittlichen Ergebnissen, aber unter 20 % Wähler_innenanteil. Über 20 % der Stimmen erreichte die SPD nur mehr in fünf Bundesländern, allen voran Bremen (24,5 %), dem einzigen Bundesland, in dem sie den ersten Platz hielt. Auffallend schwach sind und bleiben die Sozialdemokrat_innen in Ostdeutschland sowie im Südosten. In Sachsen ist die SPD mit 8,6 % eine Kleinpartei, ebenso in Bayern (9,3 %). Die großen Städte gingen verloren, in der Regel zugunsten der Grünen. Besonders schwach schnitt die SPD in München (11,4 %) ab, wo sie seit Jahrzehnten den Oberbürgermeister stellt, ebenso in Stuttgart (13,5 %) und Frankfurt am Main (15,1 %). Von den sozialdemokratischen Wähler_innen der Bundestagswahl 2017 blieben fast 2,5 Millionen zuhause, 1,5 Millionen wählten diesmal grün.

Was sind die Gründe für diese Niederlage? Wie Wahlanalysen zeigen, wurde Spitzenkandidatin Katarina Barley, derzeit Justizministerin, zwar positiv wahrgenommen, sie vermochte aber nicht zu mobilisieren, zumal sie auch ziemlich unbekannt blieb. Darüber hinaus ist das Ansehen der Partei und des Spitzenpersonals, allen voran von Parteichefin Andrea Nahles, gering. Dass gerade noch am Wahltag Berichte auftauchten, wonach der ehemalige Parteichef Martin Schulz Nahles herausfordern wolle, war nur ein weiteres Element in einer endlosen Diskussion über die personelle, aber auch inhaltliche Ausrichtung der Partei. Die Nachwahlanalysen ergaben auch, dass die Arbeit der großen Koalition überwiegend negativ bewertet wird. Überdies wird der gesamten Regierung vorgeworfen, sich zu wenig für ein starkes Europa einzusetzen.

Eindeutig profitieren von der Schwäche der Regierungsparteien und der SPD im Besonderen konnten die Grünen, die auf 20,5 % zulegen und den zweiten Platz eroberten. Sie entsenden künftig 21 Abgeordnete ins Europäische Parlament und werden so eindeutig die stärkste Delegation innerhalb der Fraktion (derzeit wird mit 69 Sitzen gerechnet) stellen. Besonders stark schnitten die Grünen in den nördlichen Bundesländern (Hamburg erster Platz mit 31,2 %, Schleswig-Holstein: 29,1 %), Berlin (27,8 % und damit erster Platz) und vielen Großstädten ab. Flensburg und Kiel stechen mit über 37 % Stimmenanteil hervor, aber auch in Köln, München und Frankfurt landeten sie mit Resultaten über 30 % an erster Stelle. Somit kann mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Grünen zumindest bei dieser Wahl die SPD in den Städten ablösen. Der befürchtete Rechtsruck blieb in Deutschland weitgehend aus: Die Alternative für Deutschland (AfD) konnte zwar zulegen, kam aber mit einem Plus von etwa 4 % nicht über 11 % hinaus. Damit blieb sie unter ihrem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 (12,6 %) und unter den Erwartungen. Während laut Wahlanalysen ihre Anhänger_innen sie als einzige Partei wahrnehmen, die sich der „wirklichen Interessen der Bürger“ annehme, hat ihr Image insgesamt gelitten. Laut Wahlanalysen meinen 79 % der Deutschen, dass „rechtsextremes Gedankengut in der AfD weit verbreitet“ sei. Dennoch ist es besorgniserregend, dass die AfD in den östlichen Bundesländern zumindest gegenüber der Europawahl 2014 erneut kräftig zulegen konnte. In Sachsen (25,3 %) und Brandenburg (19,9 %) wurde sie zur stärksten Partei noch vor der CDU.

Die Linke verlor etwas und erreichte 5,5 % der Stimmen. Auch sie schnitt im Osten (zum Beispiel Sachsen-Anhalt mit 14,4 %) wesentlich stärker ab als im Westen. Die FDP kam auf 5,4 %, Die PARTEI des Satirikers Martin Sonneborn folgte mit 2,4 % (künftig 2 Sitze), mehrere weitere Kleinstparteien eroberten insgesamt 7 Abgeordnetensitze.

Die Wahlbeteiligung in Deutschland stieg auf 61,4 %, nachdem sie 2014 noch bei etwas über 48 % gelegen war.

Frankreich

Mit Spannung erwartet wurde das Ergebnis in Frankreich, zumal Präsident Macron seit Herbst 2018 mit den Protesten der Gelbwesten erheblich unter Druck geraten war. Letztlich lieferten sich seine Liste „Renaissance“, die von seiner La République en marche sowie MoDem (Zentrumsdemokrat_innen) unterstützt wurde, und die Liste „Prenez le Pouvoir“ von Marine Le Pen (Rassemblement national) ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den ersten Platz. Mit 23,3 % der Stimmen war der Sieg der extremen Rechten vor Macrons Liste (22,4 %) hauchdünn. Nachdem aber Le Pen bereits

2014 mit fast 25 % den ersten Platz errungen hatte, kann nicht von einem überragenden Ergebnis gesprochen werden, auch wenn manche 2018 bereits das Ende von Le Pens politischer Karriere vorhergesagt hatten. Dennoch beunruhigt es, dass die extreme Rechte in 13 von 18 Regionen die Mehrheit erzielte. Besonders stark schnitt der Rassemblement national in Nordfrankreich (Hauts-de-France) mit über 33 % und dem Überseegebiet Mayotte mit 45 % der Stimmen ab. Schwach war die Bewegung in der Île-de-France, also der Großregion Paris (14 %), und der Bretagne (17 %). Allgemein gilt: Je ländlicher, umso höher die Prozentzahlen von Le Pen; je städtischer, umso schwächer ihre Bewegung. In der Hauptstadt erreichte sie nur etwas über 7 %, in Bordeaux 9 % und Lyon 10 %. Eine Ausnahme bildete Marseille, die zweitgrößte Stadt des Landes, mit einem Resultat von über 26 %.

Macrons Liste (europaweit im Verbund mit den Liberalen), die von der ehemaligen Europaministerin Nathalie Loiseau angeführt wurde und dezidiert proeuropäisch auftrat, war besonders in den Großstädten stark: 33 % in Paris, 29 % in Bordeaux und fast ebenso viel in Lyon. Aber nur in fünf Regionen reichte es für eine Mehrheit, wobei die Bretagne und die Region Pays de la Loire, beide im Nordwesten des Landes, herausragten. Wenn man bedenkt, dass Macron in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2017 24 % der Stimmen erreicht hatte, ist das Ergebnis der EU-Wahl vertretbar. Nimmt man die Parlamentswahlen 2017 als Maßstab (32 % in der ersten Wahlrunde, 49 % im zweiten Wahlgang), ist die Bilanz ernüchternd. Die Chancen auf seine Wiederwahl sind jedoch intakt.

Die Überraschung des Wahlabends waren die Grünen (Europe écologie – Les Verts), die mit landesweit 13,5 % beträchtlich zulegen und den dritten Platz eroberten. Auch ihre Bastionen lagen in den Ballungsgebieten und den Großstädten wie Paris, Lyon, Bordeaux und Toulouse, wo sie jeweils über 20 % der Stimmen erreichten.

Für die klassische Rechte wie Linke setzte es erneut Niederlagen: Die konservativen Les Républicains, die 2014 als Union pour un mouvement populaire über 20 % errungen hatten, kamen diesmal nicht über 8,5 % hinaus. Der Parti socialiste (PS) trat gemeinsam mit anderen Parteien als Envie d'Europe écologique et sociale und mit dem Philosophen Raphaël Glucksmann als Spitzenkandidaten an. Die Liste erreichte mit 6,2 % nur den fünften Platz. Gegenüber der EU-Wahl 2014, als die Sozialist_innen noch – damals bereits schwache – 14 % erreicht hatten, bedeutet dieses Ergebnis eine Katastrophe. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2017, die bereits eine vernichtende Niederlage bedeuteten, ist ein Verharren auf niedrigem Niveau zu beobachten. Angesichts der Umfragen, die die Liste zum Teil knapp unter der 5 %-Schwelle gesehen hatten, kann man auch von einem kleinen Erfolg sprechen.

Die radikalere Linke mit France insoumise von Jean-Luc Mélenchon, der sich bereits unter Präsident François Hollande vom PS abgespalten hatte, schnitt mit 6,3 % ebenfalls schwach ab, viel schwächer, als manche Umfragen prophezeit hatten. Allerdings reichte es für den vierten Platz, also knapp vor dem Parti socialiste. Von den über 19 %, die Jean-Luc Mélenchon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2017 erreicht hatte, war France insoumise diesmal weit entfernt.

Benoît Hamon, der 2017 noch – kläglich gescheiterter – Präsidentschaftskandidat des PS war und sich bald darauf von seiner Partei abgespalten hatte, erging es mit 3,27 % noch schlechter. Er schaffte es damit gar nicht erst ins Europäische Parlament.

Die französische Linke hat also ihren Niedergang und ihre Aufspaltung keineswegs überwunden. Der PS gilt auch unter Parteichef Olivier Faure, mit dem doch gewisse Hoffnungen verbunden werden, als unattraktiv und unreformierbar. Was es abgesehen von programmatischen Änderungen braucht, ist eine Führungspersönlichkeit von einem Format wie François Mitterrand, der Anfang der 1970er Jahre eine Union de la Gauche sogar mit der Kommunistischen Partei umsetzen konnte. Nur wenn die Zersplitterung in mehrere Klein- oder Kleinstparteien überwunden werden kann, wird es der Linken wieder möglich sein, im politischen Wettbewerb eine nennenswerte Rolle zu spielen.

Zusammengefasst signalisierte die Wahl in Frankreich eine gewisse Stabilität: Der Rassemblement national blieb auf einem hohen Niveau und errang wieder den ersten Platz. Von einem Rechtsruck kann nicht gesprochen werden, zumal Macron ein achtbares und die Grünen ein beachtliches Ergebnis einfuhren. Positiv entwickelte sich die Wahlbeteiligung, die nach 42 % im Jahre 2014 diesmal bei über 50 % lag.

Italien

Klarer Gewinner der EP-Wahl in Italien ist die rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Lega von Matteo Salvini. Sie kam auf 34,3 % (statt etwas über 6 % vor fünf Jahren). Auch gegenüber der Parlamentswahl von März 2018 gewann die Lega über 3 Millionen Stimmen hinzu. Besonders stark schnitt sie in Norditalien ab. Spitzenreiter ist die Provinz Veneto mit beinahe 50 % der Stimmen, aber auch in der Lombardei (über 43 %) und in Friaul-Julisch-Venetien (über 42 %) erreichte die Lega besorgniserregende Resultate. Nicht minder beachtlich: Matteo Salvini erhielt über 2,3 Millionen Vorzugsstimmen. Unterdurchschnittlich blieben die Ergebnisse in Süditalien, beispielsweise Kampanien, wo etwa 19 % der Wähler_innen für Salvini stimmten. Dennoch kann in Italien mit Blick auf das Ergebnis der Lega von einem Rechtsruck gesprochen werden. Dieser vollzog sich auch auf der kleinen Insel Lampedusa südlich von Sizilien, wo immer wieder Schiffe mit Flüchtlingen ankommen: Die Lega erzielte hier über 45 % der Stimmen.

An zweiter Stelle landete der Partito Democratico (PD) mit 22,72 %. Nach dem großen Erfolg 2014 – mit über 40 % noch unter Matteo Renzi – bedeutet dieses Ergebnis freilich einen herben Rückschlag. Statt 30 Abgeordneten (inklusive Listenpartner_innen) wird die Partei nur mehr 19 ins Europäische Parlament entsenden. Bisher stellte der PD die größte Delegation innerhalb der S&D Group. Dennoch sprechen italienische Medien von einer gewissen Erholung des PD, und auch der neue Parteichef Nicola Zingaretti zeigte sich einigermaßen zufrieden. Hintergrund dafür ist die krachende Niederlage bei den Parlamentswahlen 2018, wo der PD gerade einmal 18,6 % der Stimmen erreichte.

Diesmal wählte unter den Provinzen einzig die Toskana mehrheitlich rot, aber immerhin konnte sich der PD auch in wichtigen Großstädten wie Rom (32 %), Mailand (35 %), Turin (33 %), Genua (30 %), Florenz (43 %) und Bologna (40 %) durchsetzen. Schwach schnitt der PD hingegen in Süditalien ab, wo die Linke immer einen schwereren Stand hatte und seit Jahren die Fünf-Sterne-Bewegung dominiert.

Im gesamten Wahlkreis Süditalien (ohne Sizilien) reichte es für den PD nur für 17,8 %, in der Provinz Molise gar nur für 14 %.

Auch wenn die Fünf-Sterne-Bewegung in Süditalien klar stärkste Kraft blieb, setzte es für sie eine Niederlage, vor allem im Vergleich mit den Parlamentswahlen 2018. Hatte der Movimento 5 Stelle vor vierzehn Monaten noch 32,7 % erreicht, konnte er diesmal nur 17,7 % der Stimmen auf sich vereinigen. Dies bedeutet einen Verlust von 6 Millionen Stimmen. Gegenüber der Europawahl 2014, als die Fünf-Sterne-Bewegung über 21 % verzeichnete, fällt die Niederlage weniger krachend aus.

Nahezu halbiert wurde die Forza Italia, die statt knapp 17 % nur mehr auf 8,8 % der Stimmen kam. Silvio Berlusconi, der Spitzenkandidat im Wahlkreis Nordwestitalien war, erhielt zwar 527.000 Vorzugsstimmen, scheint aber dennoch (zumindest im Vergleich zu Salvini) an Strahlkraft verloren zu haben. Wieder im Verband mit der Forza Italia trat die Südtiroler Volkspartei an, die in Südtirol mit 46,5 % klar stärkste Kraft wurde. Aber auch hier erzielte die Lega mit über 17 % einen Achtungserfolg.

Als fünfte Kraft werden auch die Fratelli d'Italia mit über 6% der Stimmen Abgeordnete nach Brüssel bzw. Straßburg entsenden. Diese Partei unter Führung von Giorgia Meloni erhebt als Nachfolgepartei der postfaschistischen Alleanza Nazionale noch extremere Forderungen wie die Lega und verstärkt das somit das rechtspopulistische Lager in Italien. Dieses geht somit massiv gestärkt aus der Europa-Wahl hervor.

Spanien

Nach ihrem Sieg bei den Parlamentswahlen am 28. April 2019 schnitten die spanischen Sozialist_innen bei der EU-Wahl noch stärker ab. Sie erhielten diesmal 32,8 % der Stimmen, nachdem es 2014 nur 23 % und bei den jüngsten Parlamentswahlen 28,7 % gewesen waren. Von den insgesamt 54 Spanien zustehenden Sitzen besetzt der PSOE (Partido Socialista Obrero Español) künftig 20. Diese Abgeordneten werden die größte nationale Delegation innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament stellen – eine Premiere in der Geschichte. Die Arbeiterpartei war mit Außenminister Borrell als Spitzenkandidaten in die Wahlen gegangen, der bereits 2004 bis 2007 als Präsident des Europäischen Parlaments fungiert hatte. Gemeinsam mit der langjährigen EP-Abgeordneten Iratxe García Pérez, der parteifreien feministischen Historikerin Lina Gálvez Muñoz sowie den weiteren Kandidat_innen konnte Borrell offenbar zusätzliche Wähler_innen ansprechen.

Der PSOE konnte 16 von 19 Regionen bzw. autonomen Städten für sich erobern. Nur in Katalonien und im Baskenland, wo jeweils die separatistischen bzw. nationalistischen Parteien eine Mehrheit errangen, sowie in der Exklave Melilla blieb dem PSOE der Sieg verwehrt. Nur in Melilla verlor die Arbeiterpartei geringfügig, ansonsten erzielte sie beachtliche Zugewinne zwischen fünf und dreizehn Prozent. In bisherigen Hochburgen konnte sie ihre Mehrheit ausbauen: in der Extremadura (fast 46 %), in Asturien (38 %) und nicht zuletzt in Andalusien (40,5 %, +5 %), wo seit Jänner dieses Jahres die Volkspartei gemeinsam mit den Liberalen mit Unterstützung der rechtspopulistischen Vox regiert. Dreizehn Regionen konnte der PSOE zu seinen Gunsten drehen, darunter auch die Großregion Madrid (32 %), Kastilien-La Mancha (40,5 %) und Galizien (35 %). Die katalanischen Sozialist_innen erreichten immerhin 22,1 % und im Großraum Barcelona 24 %.

Für die Regierungsverhandlungen nach den Parlamentswahlen vor wenigen Wochen bedeutet dieser Sieg einen zusätzlichen Schub für Parteichef und Ministerpräsident Pedro Sánchez. Zudem ist anzunehmen, dass die spanischen Sozialist_innen bedeutende Posten auf europäischer Ebene beanspruchen werden.

Große Verliererin des Urnengangs ist die Volkspartei (Partido popular), die nur mehr auf 20,1 % der Stimmen kam. Sie verlor damit fast 6 % gegenüber 2014, konnte sich jedoch gegenüber der Parlamentswahl, bei der sie nur 16,7 % erreicht hatte, wieder etwas erholen. Jedoch wurde sie diesmal nur in der Exklave Melilla zur stärksten Kraft, obwohl sie auch dort erheblich an Stimmen einbüßte. Akzeptable Ergebnisse fuhr der PP auch in der Region Murcia (30,6 %) und in Kastilien und León (30,2 %) ein. Besonders schwach schnitten die Konservativen hingegen in Katalonien (5,2 %) und im Baskenland (6,4 %) ab.

Drittstärkste Kraft in Spanien wurden die liberale Partei Ciudadanos – Partido de la Ciudadanía (Bürger – Partei der Bürgerschaft) mit 12,2 %. Sie gewann damit mehr als 9 % hinzu, verlor aber 3,6 % gegenüber den Parlamentswahlen Ende April.

Zulegen konnte die linke Bewegung Podemos, die zum Teil mit anderen Linksparteien gemeinsam als Unidas Podemos antrat. Sie verbesserte sich gegenüber 2014 um etwas mehr als 2 % und kam auf 10 % der Stimmen. Sie hatte sich mehr erhofft, nachdem sie bei der Parlamentswahl noch 14,3 % erreicht hatte. Ihr Höhenflug – 2016 hatte sie bei der Parlamentswahl noch über 20 % errungen – scheint beendet, zugunsten der Sozialist_innen.

Mit Spannung wurde das Ergebnis der rechtspopulistischen Vox erwartet, deren Aufstieg ja mit den Regionalwahlen in Andalusien am 2. Dezember 2018 (11 %) begonnen und der sich bei der Parlamentswahl im April (landesweit 10,3 %) fortgesetzt hatte. Die EU-Wahl versetzte ihr jedoch entgegen den Umfragen einen Dämpfer, da sie nur 6,2 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. 2014 waren es aber nicht einmal 2 % gewesen. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte Vox in Melilla (über 10 %), Aragonien, Andalusien und Kastilien-La Mancha; schwach blieb die Partei u.a. in Katalonien mit nicht einmal 2 %. Klar ist, dass nun auch Spanien erstmals rechtspopulistische Abgeordnete nach Brüssel bzw. Straßburg entsendet.

Die Wahlbeteiligung in Spanien stieg von knapp 46 % auf 64 %, was auch darauf zurückzuführen ist, dass gleichzeitig die Lokalwahlen abgehalten wurden, bei denen der PSOE ebenfalls gewann. Der Sieg fiel hier jedoch mit 29 % Stimmenanteil geringer aus. Nichtsdestoweniger rückte Spanien am 26. Mai wieder ein Stück weiter nach links.

Weiterführende Links:

<https://www.election-results.eu/>

Deutschland:

<https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/waehlerwanderung-europawahl-101.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/europawahl-wahlanalyse-deutschland-1.4463723>

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/forschungsgruppe-wahlen-warum-europa-so-gewaehlt-hat-100.html>

Frankreich:

<https://elections.interieur.gouv.fr/europeennes-2019/index.html>

https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/05/27/l-effondrement-de-lr-la-progression-d-eelv-et-la-stabilite-de-la-gauche-radicale-en-cartes_5468011_4355770.html

Italien:

<https://elezioni.interno.gov.it/europee/scrutini/20190526/scrutiniEi>

<https://elezioni.lastampa.it/2019/europee/europa/>

Spanien:

<https://resultados.eleccioneslocaleseuropeas19.es/#/es/eu/resultados/total>

https://elpais.com/internacional/2019/05/27/actualidad/1558945266_569463.html

<https://www.psoe.es/media-content/2019/05/20190510-Candidatura-PSOE-Parlamento-Europeo.pdf>